

Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen

Wilhelm Knelangen

Trotz leichter Zugewinne der SPD begann das Wahljahr 1999 im Februar mit einer Niederlage der rot-grünen Koalition bei der hessischen Landtagswahl. Von der Ausnahme der Bremer Bürgerschaftswahlen im Juni 1999 abgesehen, verloren SPD und Bündnis 90/Die Grünen darauf hin im Zeichen eines dramatischen Ansehensverlustes der beiden Berliner Regierungsparteien bei allen folgenden Wahlen Stimmen und Wähleranteile. Vor allem die Landtagswahlgänge im Saarland, in Berlin, in Thüringen und in Sachsen an drei aufeinander folgenden Sonntagen im September brachten teilweise erhebliche Verluste, die für die SPD teilweise zweistellig ausfielen und ihr den Verlust der Regierungsverantwortung im Saarland und in Thüringen brachten. Selbst in ihrem „Stammland“ Nordrhein-Westfalen ging die Mehrheit in vielen Rathäusern ihrer traditionellen Hochburgen im Ruhrgebiet und in anderen Landesteilen bei den Kommunalwahlen am 12. September 1999 an die CDU.

Die Meinungsumfragen, die in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen mit Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen im Jahr 2000 erstellt wurden, signalisierten im Herbst 1999, dass sich dieser Trend fortsetzen würde. Die Institute sahen die in beiden Ländern oppositionelle CDU und ihre Herausforderer mit klarem Abstand vor den jeweils in einer Koalition regierenden Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen, zumal die Christdemokraten in beiden Ländern mit den ehemaligen Bundesministern Volker Rühe und Jürgen Rüttgers prominente Spitzenkandidaten gegen die Amtsinhaber Heide Simonis und Wolfgang Clement aufgeboten hatten. Viel sprach daher dafür, dass die politische Landkarte Deutschlands auch im Jahr 2000 neue schwarze Farbtupfer erhalten würde.

1. Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27. Februar 2000

Die Vorzeichen der schleswig-holsteinischen Landtagswahl kehrten sich mit dem Beginn der Aufdeckung der CDU-Spendenaffäre im Winter 1999/2000 um. Die schrittweise an die Öffentlichkeit gelangenden Einzelheiten über das Finanzgebaren des ehemaligen CDU-Bundesvorsitzenden Kohl und der alten hessischen CDU-Landesführung stürzten die Partei mitten in der heißen Wahlkampfphase in ihre bis dahin tiefste Krise.

Die Meinungsumfragen dokumentierten nun binnen weniger Wochen einen dramatischen Vertrauens- und Ansehensverlust der Christdemokraten auch im nördlichsten Bundesland. Angesichts dessen richtete sich das Interesse der Beobachter vor der Wahl weniger auf die Frage, ob es der CDU gemeinsam mit der FDP gelingen würde, die rot-grüne Landesregierung abzulösen. Vielmehr wurde mit Spannung erwartet, welche Auswirkungen die „Spendenaffäre“ auf das Verhalten der Wahlberechtigten haben würde. Der Herausforderer Rüge hatte im Vorfeld zwar noch versucht, die Mobilisierung der eigenen Anhänger dadurch zu erhöhen, dass er das Wahlergebnis mit seinen eigenen Ambitionen auf den CDU-Bundesparteivorsitz in Verbindung brachte. Alles andere als klar war jedoch zum einen, ob es nicht doch zu einem Desaster für die CDU kommen würde, zum anderen, ob die Wähler die Politik insgesamt durch eine massive Wahlenthaltung „strafen“ würden.

Tabelle 1: Das amtliche Endergebnis der schleswig-holsteinischen Landtagswahl.

	Zweitstimmen 2000	Stimmen 1996	Anteil 2000	Anteil 1996	Verän- derung	Sitze 2000	Sitze 1996
Wahlberechtigte	2.135.881	2.112.522					
Wähler	1.484.469	1.516.309	69,5%	71,8%	- 2,3%	89	75
Gültige Stimmen	1.449.908	1.502.088					
SPD	630.728	597.751	43,1	39,8	+ 3,3%	41	33
CDU	515.421	559.107	35,2	37,2	- 2,0%	33	30
B 90/ Die Grünen	91.389	121.939	6,2	8,1	- 1,9%	5	6
FDP	111.649	86.227	7,6	5,7	+ 2,1%	7	4
SSW	60.367	38.285	4,1	2,5	+ 1,6%	3	2
PDS	20.066	.	1,4	.	+ 1,4%		
NPD	15.121	.	1,0	.	+ 1,0%		
DVU	.	64.335	.	4,3	.		
Sonstige	19.355	34.444	1,4	2,4	- 1,0%		

Vor diesem Hintergrund fiel das Wahlergebnis am 27. Februar 2000 weniger spektakulär als erwartet (vgl. Tabelle 1). Die Wahlbeteiligung war nur unwesentlich geringer als vier Jahre zuvor, auch die rechtsextremen Parteien – die DVU hatte 1996 noch 4,3% erreicht – und die PDS konnten von der „Spendenaffäre“ keinen Nutzen ziehen. Vielmehr offenbarte das Ergebnis eine Schere zwischen der öffentlichen Diskussion über den Skandal und der Bedeutung, die diese für die Wahlentscheidung hatte. Laut einer Wahltagsbefragung von Infratest dimap war diese nur für 13% der Wähler von ausschlaggebender Bedeutung, wohingegen 59% angaben, nach landespolitischen Gesichtspunkten gewählt zu haben. Das Landtagswahlergebnis stand daher zwar im Zeichen der „Spendenaffäre“, die Verschiebungen hielten sich aber in vergleichsweise engen Grenzen.

Die SPD gewann gegenüber der letzten Landtagswahl 3,3% hinzu und erreichte 43,1% der Zweitstimmen. Damit konnte sie das rot-grüne Regierungsbündnis fortsetzen. Bei den Erststimmen sah ihr Ergebnis noch besser aus. Mit 47,6% im Landeschnitt konnten die Sozialdemokraten 41 von 45 Direktmandaten für sich verbuchen. Dabei konnte die Partei auf eine hohe Zufriedenheit (58%) mit der Politik der Landesregierung bauen. Auch erhielt die SPD in allen wichtigen Politikfeldern bessere Kompetenzwerte als die CDU. Besonders ausgeprägt war die Zustimmung für die Ministerpräsidentin Heide Simonis. Nach Infratest dimap hielten sie fast drei Viertel der Schleswig-Holsteiner für eine gute Ministerpräsidentin. Hilfreich war überdies, dass die rot-grüne Bundesregierung nach dem desolaten Jahr 1999 in den Augen der Bevölkerung wieder Tritt gefasst hatte. Auf der Grundlage kontinuierlich wachsender Werte er-

klärten vor der Wahl immerhin 45% der Schleswig-Holsteiner ihre Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung Schröder. Von diesen guten Werten konnte der Koalitionspartner der SPD nicht profitieren. Bündnis 90/Die Grünen büßten fast ein Viertel ihrer Stimmen ein, erreichten den Landtag aber – wohl nicht zuletzt aufgrund durch taktische Wahlentscheidungen vieler SPD-Anhänger – mit 6,2% sicher. Eine Besonderheit der Grünen war, dass sie als einzige der im Landtag vertretenen Parteien von den Wählern schlechter bewertet wurde als die Bundespartei.

Die CDU, die sich noch im Herbst als sichere Siegerin der Landtagswahl wähnen konnte, erlebte durch die „Spendenaffäre“ einen deutlichen Einbruch bei der Zustimmung der Wähler. Während sie in den Umfragen im Herbst noch 10 Prozentpunkte vor der SPD lag, rangierte sie am Wahlabend mit 35,2% der Stimmen acht Zähler hinter den Sozialdemokraten. Der Skandal der Bundespartei überdeckte auch die vergleichsweise guten Werte für den Spitzenkandidaten Rühle. Immerhin schrieben ihm die Wähler eine ebenso große wirtschaftliche Kompetenz wie Heide Simonis und eine große Führungsstärke zu. Deutlich schlechter schnitt er allerdings bei der Frage nach der Verwurzelung im Land ab. Rühle hatte im Wahlkampf erklärt, dass er nur im Falle eines Wahlsieges von Berlin nach Kiel wechseln würde.

Neben der SPD war die FDP die zweite Gewinnerin der Wahl. Es gelang ihr zum einen, mit 7,6% nahezu zwei Prozent zuzulegen, zum anderen überflügelte sie die Grünen und etablierte sich damit als dritte Kraft in Schleswig-Holstein. Bemerkenswert war das Ergebnis auch insofern, als es die FDP mit der Ausnahme Hessen zum ersten Mal seit 1997 wieder schaffte, in einen Landtag einzuziehen. Sie konnte erheblich von der „Spendenaffäre“ profitieren, da viele enttäuschte CDU-Wähler sich der FDP zuwendeten. Da die FDP sich im Wahlkampf früh auf eine Koalition mit der CDU festgelegt hatte, kam die nach dem Wahlergebnis rechnerisch ebenfalls mögliche Option einer sozialliberalen Koalition nicht zum Zuge. Auch der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), der nicht an die 5%-Sperrklausel gebunden ist, konnte beachtliche Stimmenzuwächse verzeichnen. Hier kam zum Tragen, dass er erstmals landesweit antrat, aber auch der SSW erhielt zusätzliche Stimmen von ehemaligen CDU-Anhängern.

In regionaler Hinsicht ergaben sich beim Verhalten der Wähler kaum Unterschiede zum Landestrend. Bemerkenswerte Differenzen zeigten sich allerdings bei einer Aufschlüsselung des Ergebnisses nach Geschlechtern und Altersstrukturen. Während die Grünen bei der Altersgruppe der unter 30-jährigen nach der Analyse der Forschungsgruppe Wahlen mit 6% überdurchschnittlich verloren, legte die FDP mit 4% in dieser Altersgruppe überdurchschnittlich zu. Damit konnten die Liberalen die Grünen selbst in der Gruppe der Jungwähler auf den vierten Platz verweisen. Besondere Bedeutung hatten bei der Landtagswahl die Frauen. Hier verlor die CDU mehr als doppelt so viel wie im Landesschnitt, während die SPD einen fast zweimal so hohen Anteil erzielte wie noch 1996.

2. Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2000

Auch in Nordrhein-Westfalen büßte die CDU ihren Vorsprung, der sich bei den Kommunalwahlen im September 1999 manifestiert und der in Meinungsumfragen bestätigt wurde, im Zuge der „Spendenaffäre“ der Bundespartei ein. In den journalistischen Analysen zum Landtagswahlergebnis (vgl. Tabelle 2) wurde übereinstimmend hervorgehoben, dass die politischen Skandale auch im nordrhein-westfälischen Wahlkampf nicht den Stellenwert gespielt haben, der im Vorfeld erwartet worden war. Die Forschungs-

gruppe Wahlen konnte gleichwohl messen, dass die „Flugaffäre“ der nordrhein-westfälischen SPD immerhin für jeden zweiten Befragten, die „Spendenaffäre“ der CDU sogar für zwei Drittel ein wichtiges Thema war. Nahezu vier Fünftel der Befragten gaben überdies an, sie glaubten nicht daran, dass die CDU ihren eigenen Skandal vollständig aufklären wolle.

Die Meinungsforschungsinstitute maßen in den letzten Wochen vor der Landtagswahl für die SPD konstant hohe Werte um 45%. Die CDU konnte zwar unmittelbar vor dem 14. Mai noch einmal Boden gut machen, blieb aber weit davon entfernt, die SPD als stärkste Kraft und damit als Regierungspartei abzulösen. Die Aufmerksamkeit richtete sich auf dieser Grundlage vor der Wahl weniger auf die Frage, ob es zu einem Regierungswechsel kommen würde. Denn auch von der „Flugaffäre“ konnte die CDU keinen entscheidenden Nutzen ziehen. Statt dessen stand nun im Vordergrund, zu welcher Koalitionsbildung es auf Landesebene kommen würde. Die Sozialdemokraten äußerten sich zu dieser Frage nicht eindeutig. Aus „Gründen der Loyalität“ wolle man zwar „zunächst“ mit dem alten Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen Gespräche führen. Aber auch ein Bündnis mit der FDP schloss der Amtsinhaber Clement nicht kategorisch aus. Deren Spitzenkandidat Jürgen Möllemann hatte schon lange Sympathien für eine sozialliberale Koalition erkennen lassen. Die Forschungsgruppe Wahlen maß vor der Wahl mit 29% für die Fortsetzung der rot-grünen Koalition die größte Zustimmung. Zu bedenken ist aber zum einen, dass 1995 noch deutlich mehr Personen (36%) für diese Option votiert hatten, und zum anderen das SPD/FDP-Modell mit 20% den zweitbesten Wert (1995: 6%) erhielt. Nur 16% sprachen sich hingegen für eine CDU/FDP-Koalition aus, 13% für eine große Koalition.

Tabelle 2: Das vorläufige amtliches Endergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl

	Stimmen 2000	Stimmen 1995	Anteil 2000	Anteil 1995	Veränderung	Sitze 2000	Sitze 1995
Wahlberechtigte	13.062.993	13.041.964					
Wähler	7.410.329	8.353.056	56,7%	64,0%	- 7,7%	231	221
Gültige Stimmen	7.335.873	8.294.235					
SPD	3.142.590	3.816.639	42,8%	46,0%	- 3,2%	102	108
CDU	2.712.281	3.124.758	37,0%	37,7%	- 0,7%	88	89
B 90/ Die Grünen	518.384	830.861	7,1%	10,0%	- 2,9%	17	24
FDP	721.387	332.634	9,8%	4,0%	+ 5,8%	24	
REP	83.251	65.509	1,1%	0,8%	+ 0,3%		
PDS	79.891	.	1,1%	.	.		
Sonstige	78.089	123.834	1,1%	1,5%	- 0,4%		

(Quelle: Frankfurter Rundschau vom 16.5.2000)

Die erste Auffälligkeit des Wahlergebnisses am 14. Mai 2000 war die niedrige Wahlbeteiligung, die mit 56,7% so tief wie noch nie in der Geschichte des Landes lag. Dieser Wert war zugleich der niedrigste, der jemals in einem westlichen Bundesland erreicht wurde. Weiterhin sind die deutlichen Verluste der Regierungskoalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bemerkenswert. Im Vergleich zur Landtagswahl 1995 büßten sie gemeinsam über 850.000 Stimmen und über sechs Prozentpunkte ein. Dieses Ergebnis ist nicht zuletzt auf ein nicht besonders großes Ansehen der Landesregierung zurückzuführen. Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte in der Woche vor der Wahl für die Landesregierung lediglich einen durchschnittlichen Wert von +0,6 auf einer +5/-5 Skala. Vor der Landtagswahl 1995 war die damals allein regierende SPD noch auf ei-

nen Wert von 1,4 gekommen. Die relative Unzufriedenheit wird auch daran deutlich, dass die Befragten in Nordrhein-Westfalen die Arbeit der Bundesregierung mit +1,0 besser bewerteten als ihre Landesregierung. Die Zufriedenheit differierte dabei deutlich zwischen den beiden Koalitionsparteien. Während die Leistungen der SPD immerhin mit einem Wert von +1,3 bewertet wurden, erhielten die Grünen nur -0,4. Nach einzelnen Politikbereichen gefragt, attestierten die Befragten der SPD zwar nach wie vor die größte Kompetenzen in der Wirtschafts- und der Arbeitsmarktpolitik. Deutlich schlechter als fünf Jahre zuvor schnitt die Partei aber bei den im Wahlkampf diskutierten Themen der Bildungs- und Verkehrspolitik ab.

Die SPD verzeichnete mit 42,8% das schlechteste Ergebnis bei einer Landtagswahl seit 1958. Es war insbesondere die SPD, der die niedrige Wahlbeteiligung schadete, vermochte sie es doch nicht, ihre potentiellen Wähler zu mobilisieren. In einer Analyse der Wählerwanderung verzeichnete Infratest dimap nahezu 500.000 Personen, die 1995 SPD gewählt hatten, diesmal aber nicht zur Wahl gegangen sind. Das schöne Wetter und die augenscheinliche Spannungslosigkeit der Wahl sei dabei nur ein Faktor, zu dem die schleichende Abnützung der 34 Jahre regierenden Partei, die mit Affären und Filz verbunden sei, mindestens gleichberechtigt hinzutreten. Hinzu komme, dass die SPD aus Berlin diesmal Rückenwind erhalten habe: Mit 51% Zustimmung habe die Bundesregierung in NRW schon jahrelang nicht mehr erreichte Werte verbuchen können. Immer noch kann die SPD in NRW auf die – allerdings kleiner werdende – Gruppe der Arbeiter zählen. Mit 55% gaben in dieser Gruppe fast doppelt so viele Wähler ihre Stimme der SPD wie der CDU (28%). Bündnis 90/Die Grünen mussten auch bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl auf Stimmen verzichten. Mit 7,1% der Stimmen hatten sie über 300.000 Stimmen weniger als noch 1995. Das wenig einheitliche Erscheinungsbild der rot-grünen Koalition trug hier das Seinige zum schlechten Ergebnis der Grünen bei.

Mit 37% Wähleranteil verlor die CDU über 400.000 Stimmen und fiel hinter das Ergebnis von 1995 zurück. Neben den (Nach-)Wirkungen der „Spendenaffäre“ wird für dieses Abschneiden vor allem das vergleichsweise schlechte Image des Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers verantwortlich gemacht. Nur 24% der von der Forschungsgruppe Wahlen Befragten wünschten sich Jürgen Rüttgers als künftigen Ministerpräsidenten, wohingegen 54% sich für den Amtsinhaber aussprachen. Im direkten Vergleich mit Wolfgang Clement gaben diese dem Herausforderer in allen nachgefragten Faktoren schlechtere Werte. Auf der +5/-5-Skala erhielt Clement einen Wert von +1,9, Rüttgers aber nur +0,2. Damit rangierte Rüttgers auf einer Stufe mit der Umweltministerin Bärbel Höhn und schnitt geringfügig schlechter ab als Jürgen Möllemann (+0,3).

Der CDU-Spitzenkandidat hatte in seiner Wahlkampfstrategie versucht, die CDU als „Partei der kleinen Leute“ zu profilieren, als diejenige politische Kraft, die noch wisse, welche Probleme „die Menschen“ im größten deutschen Bundesland haben. Diese Strategie ging erkennbar nicht auf: Nahezu die Hälfte der Wählerinnen und Wähler schrieben dem Ministerpräsidenten diese Eigenschaften zu, lediglich 13% hatten diese Auffassung über Rüttgers. Auch der Versuch des CDU-Spitzenkandidaten, die eigene Ausgangslage durch seine Kampagne zum „Green Card“-Vorhaben zu verbessern, muss als Fehlschlag gewertet werden, da selbst unter den CDU-Anhängern nur 60% dieser Aktion zustimmten.

Während alle bisher im Landtag vertretenen Parteien Stimmen und Wähleranteile verloren, konnte die FDP ihr Wahlergebnis sowohl an Stimmen als auch in Prozentpunkten im Vergleich zu 1995 mehr als verdoppeln. Der Anteil von 9,8% wird dabei übereinstimmend auf den aggressiven und publikumswirksamen Wahlkampf vor allem

ihres Spitzenkandidaten Jürgen Möllemann zurückgeführt. Es gelang der FDP dabei laut Wählerwanderungsanalyse von Infratest dimap, zusätzliche Wähler aus allen Lagern (CDU 150.000, SPD 120.000, Grüne 50.000) zu gewinnen. Besondere Beachtung verdient das FDP-Ergebnis im Hinblick auf die Altersstruktur ihrer Wähler. Wenn sie auch in allen Altersgruppen Gewinne verzeichnen konnte, so erzielte sie bei den jungen Wählern unter 30 Jahren mit 13% ein überdurchschnittliches Ergebnis. Gerade in dieser Gruppe waren die Verluste der Regierungsparteien besonders groß. Die SPD erhielt 8%, die Grünen 6% der Stimmen weniger als noch vor fünf Jahren. Die langfristig von der FDP verfolgte Strategie, die Koalitionsfrage offen zu halten, die nach Lage der Dinge aussichtsreichste Variante einer sozialliberalen Koalition aber kaum verhohlen zu favorisieren, schlug sich auch in einer deutlich veränderten Orientierung ihrer Wählerschaft nieder. Die Mehrheit der eigenen Anhänger hielt eine Koalition mit der SPD für wünschenswert, 1995 votierte eine deutliche Mehrheit für eine CDU/FDP-Koalition.

Damit zeigt die nordrhein-westfälische Landtagswahl auch im Hinblick auf die Bundespolitik ein bemerkenswertes Resultat. Die SPD verliert zwar an Wahlanteilen, ist aber um eine strategische Option reicher: Mit einer offenbar stabilisierten FDP steht der Partei nun neben den Bündnisgrünen und der CDU eine dritte Koalitionsoption zur Verfügung. Schon in Schleswig-Holstein hätte es rechnerisch zu einer sozialliberalen Koalition gereicht. Bis auf Weiteres steht dieser Variante zwar eine deutlich reservierte Anhängerschaft der SPD entgegen. Aber nicht nur den Grünen, sondern auch den Sozialdemokraten wird nicht entgangen sein, dass Bündnis 90/Die Grünen mit der schleswig-holsteinischen und der nordrhein-westfälischen Landtagswahl zum wiederholten Mal zahlreiche ehemalige Wähler die Zustimmung verweigerten. Besonders auffällig ist dies bei den Jungwählern: Offenbar kann die FDP sich Chancen ausrechnen, den Grünen dort dauerhafte Konkurrenz zu machen, wo sie traditionell besonders stark waren: bei den unter 30-jährigen.

Verwendete Materialien:

Wahlanalysen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen; Wahlanalyse der „Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg“ zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (Frankfurter Rundschau Nr. 116 vom 19.5.2000); Amtliches Endergebnis der Landtagswahl des Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein; Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl Nordrhein-Westfalen (Frankfurter Rundschau Nr. 113 vom 16.5.2000).